

**Wahlkampfauftakt zur Bundestagswahl am 26. September 2021
für die ÖDP Landshut am 5. Juli 2021 in Ergolding**

**Rede von Bernd Wimmer, ÖDP-Bundestagsdirektkandidat im
Stimmkreis 228 Landshut/Kelheim:**

Liebe ÖDP-Mitglieder aus Landshut, Mainburg und der Umgebung, lieber Heiko Helmbrecht, lieber Lorenz Heilmeyer, liebe Pressevertreter, liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass ich hier in der Kraxn in Ergolding die Gelegenheit erhalte mich persönlich, mein Programm und meine Ziele als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis 228 Landshut/Kelheim heute vorstellen zu dürfen,

Als ich am 20. Januar in einer denkwürdigen Aufstellungsversammlung einstimmig zum Direktkandidaten der ÖDP zur Bundestagswahl gewählt wurde, war nicht absehbar, dass wir uns heute hier in einer Präsenzveranstaltung versammeln und den Wahlkampf offiziell starten können. Denkwürdig deshalb, weil es am 20. Januar in Piegendorf klirrend kalt war und die Aufstellungsversammlung coronabedingt im Freien stattfinden musste.

Es ist mir wirklich eine Ehre die ÖDP in Landshut und Kelheim als Direktkandidat vertreten zu können und die ÖDP noch bekannter zu machen.

Ich will heute nicht viel über Corona sprechen. Denn darauf haben wir als ÖDP kaum Einfluss. Die Bundes- und Staatsregierung bestimmt hier eindeutig die Richtung. Man könnte natürlich viel über Sinn und Unsinn einzelner Massnahmen sprechen. Aber Corona ist aus meiner Sicht kein Zukunftsthema. Denn die nächste Pandemie besteht aus Hitze, Dürre und

Unwetterkatastrophen aufgrund des menschengemachten Klimawandels. Die Klimaüberhitzung wird, wie ich später noch ausführen werde, ein Schwerpunkt meines Wahlkampfes sein.

Ich will mich zunächst persönlich vorstellen:

Mein Name ist Bernd Wimmer. Ich bin gebürtiger Landshuter (Jahrgang 1970) wohne aber seit 1973 in Steinbach bei Mainburg. Im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Regensburg arbeite ich seit fast 20 Jahren als Informatiker in der IT-Abteilung.

In die ÖDP eingetreten bin ich 1994. Seit 2008 bin ich Ortsvorsitzender der ÖDP Mainburg. Seitdem hat sich unsere Mitgliederzahl ungefähr verzehnfacht. 2014 bin ich den Bezirksvorstand der ÖDP Niederbayern gewählt worden. 2014 und 2019 bin ich als lokaler Kandidat der ÖDP zur EU-Wahl angetreten. Dabei erzielte ich bei der EU-Wahl vom 26. Mai 2019 in Mainburg 6,3% und im Landkreis Kelheim 3,5% (zum Vergleich: bayernweit 3,1%, niederbayernweit 3,3%). 2014 war ich zudem Wahlkampfmanager von unserer Landratskandidatin Birgit Wack aus Neustadt/Do.. Birgit hat damals mit rund 7% sehr gut abgeschnitten. Ich besitze also große Erfahrung mit Wahlkämpfen.

Wie bereits erwähnt, bin ich seit August 1994 bin ÖDP-Mitglied. Mein "ökologisches Aha-Erlebnis" hatte ich jedoch bereits 1986 mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl. Die Technik für die Nutzung erneuerbarer Energien gibt es schon lange. So besitzt unser Ein-Familien-Haus in Steinbach bereits seit 1980 eine Solaranlage. Von den Bundestagsparteien wurde eine das Klima schützende regenerative Energieerzeugung über Jahre hinweg nur sehr halbherzig gefördert. Selbst heute erfolgt die Umsetzung der Energiewende immer noch viel zu zögerlich. Und dies, obwohl in der Wissenschaft der menschengemachte Klimawandel allgemein Konsens ist. Millionen Menschen samt ihrer Umwelt weltweit werden massiv unter den Folgen des Klimawandels leiden, wenn nicht endlich umgedacht und konsequent umgehandelt

wird.

Das Engagement möglichst vieler in der ÖDP ist wichtig und ist aus vielfältigen Gründen dringend notwendig. Ich selbst setze mich deshalb aktiv im Mainburger ÖDP-Ortsvorstand und im Bezirksvorstand der ÖDP Niederbayern ein. Das vorbildliche Programm der ÖDP ist für mich Leitbild, um privat mit gutem Beispiel voranzugehen, politische Impulse zu geben und mich ehrenamtlich zu engagieren. Daher arbeite ich auch hier aktiv mit: MAI Repair Cafe (Vorsitzender), Kultur- und Förderverein Hopfenhaus Steinbach (Vorstandsmitglied), Fairtradegruppe Mainburg, Organisationsteam Regionaler Bauernmarkt Mainburg und BN-Ortsgruppe Mainburg (Vorstandsmitglied). Seit 2020 unterstütze ich Jürgen Grässlin den bekannten Waffenexportkritiker und sein Rüstungsinformationsbüro auch in dem ich die facebookseite dieser Organisation aufgebaut habe und laufend betreue. Die Bundesrepublik ist 4. größter Waffenexporteur der Welt. Ein Skandal, den auch die ÖDP anprangert. Eine aktuelle Initiative von mir war Tempo 30 in Steinbach. 80% der Steinbacher haben sich in einer schriftlichen Umfrage dafür ausgesprochen. Der Bauausschuss des Mainburger Stadtrates hat zugestimmt. Die Entscheidung wurde zwar revidiert aber wir bleiben dran.

Was sind meine Motive für die ÖDP zur Bundestagswahl antreten zu wollen? Ich bin überzeugt von unserem Programm, unseren Konzepten und Lösungsvorschlägen. Das schliesst nicht aus, dass ich vereinzelt etwas anderer Meinung bin. Ich kann aber sagen, dass ich mich mit mindestens 90% unseres Programmes identifizieren kann. Die Gewichtung einzelner Themen für die Bundestagswahl habe ich für mich folgendermassen definiert:

Meine politische Schwerpunkte für die Bundestagswahl liegen ganz klar und eindeutig beim Klimaschutz, der Kritik an der zu starken Wirtschaftshörigkeit der Bundespolitik und der Forderung nach mehr Demokratie. Wichtige politische Themen werden in unserem Land nicht

wirklich gelöst. Wir dürfen nach Überwinden der Corona-Pandemie nicht wieder in die "Vor-Corona-Wachstumsnormalität" zurück.

1. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“:
damit wir gemeinsam die Umsetzung des 1,5-Grad-Ziels erreichen müssen alle Entscheidungen auf ihre Klimaverträglichkeit hin überprüft werden. Als Mitglied des ÖDP-Bundesarbeitskreises Klima-und Umweltschutz, Verkehr, Energie bin ich mit vielen Fragestellungen rund um diese Themen gut vertraut. Wir sind mit unserer Kritik am Wachstumsgedanken die einzige Partei, die nicht daran glaubt, dass grünes Wachstum und technischer Fortschritt alleine ausreichen, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Wir treten deshalb für den Grundsatz "Weniger ist Mehr" ein. Wir wollen mit weniger materiellen Aufwand mehr Lebensqualität erreichen. Dazu gehört für mich auch die Forderung den systemimmanenten Zwang zum Wirtschaftswachstum zu überwinden. Daher steht bei uns die Gemeinwohlökonomie nach Christian Felber und die Postwachstumsökonomie nach Nico Paech im Parteiprogramm.

2. Mensch vor Profit oder „Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“:
ein großes Problem in diesem Land ist der Lobbyismus und die viel zu starke Ausrichtung der Politik auf die Wirtschaft. Wir brauchen weniger Lobbyismus für mehr Demokratie. Wir brauchen ein Verbot von Firmenspenden an Parteien. Die ÖDP nimmt seit Gründung im Jahr 1982 keinen Cent von juristischen Personen an. Wir brauchen ein Verbot von Aufsichtsratsposten von Politikern. Wir brauchen eine angemessene Karenzzeit beim Wechsel von Politikern nach deren Amtszeit in die Wirtschaft.

3. „Wir brauchen mehr direkte Demokratie!“:
die Grünen haben die Forderung nach bundesweiten Volksentscheiden skandalöserweise aus ihrem Parteiprogramm gestrichen. Die ÖDP Bayern ist die Volksbegehrenspartei mit gleich drei erfolgreich initiierten und erarbeiteten Volksbegehren: 1998 "Schlanker Staat ohne Senat!", 2010

"Nichtraucherschutz" und 2019 "Rettet die Bienen!". Die ÖDP steht selbstverständlich für bundesweite Volksentscheide ein. Wir brauchen meiner Ansicht nach auch auf allen politischen Ebenen Informationsfreiheitsgesetzen, also Akteneinsichtsrechte, um das Grundprinzip der Transparenz wirklich umzusetzen.

Ich will begründen anhand einiger Beispiele warum ich diese Schwerpunktsetzung mit diesen drei Hauptthemen vorgenommen habe:

zu 1. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“:

1.1. WIR MÜSSEN SOFORT HANDELN was Klimaschutzmassnahmen betrifft.

Das Ausrufen von Klimazielen in ferner Zukunft von der Bundesregierung und der EU Kommission führt zu nichts. Wenn als Zieldatum das Jahr 2030 oder 2045 oder gar 2050 genannt wird, passiert wenig bis nichts.

Der Windkraftausbau stockt seit einigen Jahren. Wir haben bundesweit ca. 30.000 Windkraftanlagen. Um die Klimaziele zu erreichen brauchen wir aber Studien zufolge bis 2030 mindestens 50.000 Windräder. Der Ausbau der PV- und Solarenergie wurde ebenso von der Bundesregierung abgewürgt. Der Kohleausstieg wurde verzögert und weit in die Zukunft verschoben.

Klimawissenschaftlern zufolge haben wir noch circa 10 Jahre um die schlimmsten Folgen des Klimawandels einzudämmen.

WIR MÜSSEN SOFORT HANDELN.

Ich sehe es als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis 228 Landshut/Kelheim, so wie der Bund Naturschutz: wir brauchen eine Ende der 10H Abstandsregel, einen Verzicht auf Straßenneubauten und eine Solarpflicht für neue Häuser.

Die €SU wird vor der Bundestagswahl kaum diese unsinnige 10H-Abstandsregel zurücknehmen, die dazu geführt hat, dass in Bayern in

2020 ganze drei neue Windkraftanlagen gebaut wurden. Wer hingegen ÖDP wählt, wählt den Ausbau dezentraler Energien.

1.2. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“

Beispiel Aktion Muna-Wald-Mahnwache letzten Donnerstag:

€SU-Söder umarmt symbolisch einen Baum - die ÖDP rettet tatsächlich einen ganzen Wald!

Denn rund 17 Hektar Wald sollen in Schierling (Ldkrs. Regensburg) und Langquaid (Ldkrs. Kelheim) für ein Gewerbegebiet abgeholzt werden. Der Verein "Freunde des Muna-Waldes" hat mittlerweile über 3.400 Unterschriften für den Erhalt des Waldes gesammelt (5.100 Einwohner in Langquaid und 7.200 Einwohner in Schierling).

Mit Robert Fischer, meinem Bundestagsdirektkandidatenkollegen der ÖDP im Stimmkreis Regensburg, habe ich letzten Donnerstag heute an der Mahnwache für den Muna-Wald vor dem Schierlinger Rathaus teilgenommen. Als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis Kelheim/Landshut unterstütze ich die "Freunde des Muna-Waldes" in Schierling und Langquaid.

1.3. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“

Ein Positivbeispiel für konkrete Umsetzung von energetischen Massnahmen:

Die dezentrale Energiewende ist möglich und rentiert sich. Ein Beispiel.

Ein mir bekannter Ladenbesitzer in der Nähe Mainburgs in Appersdorf hat mir stolz erzählt, dass er vor 11 Jahren eine Wärmepumpe installiert hat und mit Erdwärme im Sommer sein Ladengeschäft kühlt und im Winter beheizt. Eine Gasheizung hätte ihn 16.000 Euro gekostet. Für die Wärmepumpe hat er 45.000 Euro ausgegeben. Er hat monatliche Energiekosten von nur 53 Euro, wie er mir mitteilte. Die Anlage hat sich so mittlerweile zum Großteil amortisiert.

Wie man sieht, ist umweltfreundliches Heizen möglich und auch finanziell realisierbar. Wegen der hohen Investitionskosten müssen aber umweltfreundliche Heizungsanlagen stärker gefördert werden, um solchen Technologien auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen.

Genau für solche Anreize und gesetzliche Vorgaben für klima- und umweltschonende Strom- und Wärmeanlagen setze ich mich als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis 228 Landshut/Kelheim ein.

1.4. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“

Beispiel Klimaschutz und Medien:

Das Thema Corona wird medial überbetont, wie ich eingangs erwähnt habe. Die wichtigsten Leitmedien berichten ständig darüber. Vor der Tagesschau um 20 Uhr kommen Börsennachrichten. Warum nicht anstelle dessen der neueste den Stand beim Klimawandel?

Wenn ich Einfluss auf die Leitmedien hätte würde ich folgendes vermelden:

BREAKING NEWS Der Klimawandel hat begonnen. Hitzewelle in Nordamerika. Hungersnöte in Madagaskar und anderen Teilen Afrikas aufgrund zunehmender Dürren. Sintflutartige Regenfälle in Süddeutschland. Erdbeben und Schlammlawinen in Japan. Der Klimawandel hat begonnen. ***BREAKING NEWS***

1.5. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“

Beispiel für: Lokal UND bundesweit handeln.

Lokal 1:

Landshut wurde kürzlich von einem schlimmen Hochwasser heimgesucht. Die Landshuter ÖDP-Stadträte haben nun ein Konzept vorgestellt um für künftige Unwetter besser gewappnet zu sein. Dazu gehören unter anderem auch lokale Klimaschutzmaßnahmen.

Lokal 2:

Die Mainburger ÖDP-Stadtratsfraktion ist aufgrund der Überschwemmung der Mainburger Abens ebenfalls aktiv geworden vor einigen Jahren und hat konzeptionelle Lösungsvorschläge unterbreitet. Kürzlich haben unsere ÖDP-Stadträte zudem erreicht, dass eine Stelle für eine(n) Klimaschutzmanager(in) von der Stadt Mainburg ausgeschrieben wurde.

Bundesweit:

Als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis 228 Landshut/Kelheim will ich mich für überzeugende bundesweite Hochwasserschutzkonzepte stark machen. Hier profitiere ich von den Konzepten lokaler ÖDP-Politik und will diese Erfahrungen für die Bundespolitik nutzen. Selbstverständlich will ich mich bundesweit für dezentrale Energien und Klimaschutzmassnahmen mit Hirn und Verstand einsetzen.

1.6. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“

Beispiel E-Mobilität und Wasserstoffautos:

Ohne E-Mobilität sind die Klimaziele kaum erreichbar. Es braucht aber ein umfassendes Mobilitätskonzept mit mehr ÖPNV, Ausbau der Bahn und weniger individuelle Mobilität.

Eigenes Beispiel: Sion von Sono Motors.

An dieser Stelle ein Wort zum geplanten Wasserstoffforschungszentrum in Pfeffenhausen, das Herr Ossner ja unbedingt in den Landkreis Landshut

holen möchte. Forschungsvorhaben begrüße ich grundsätzlich nur gebe ich zu bedenken, dass Wasserstoffantrieb aufgrund des niedrigen Wirkungsgrades für PkW nicht geeignet ist – eher schon für Lkws, Busse und die Bahn. Zudem läuft uns beim Klimawandel die Zeit davon: wir haben noch 10 Jahre um die Klimaüberhitzung einzudämmen. Da wären Forschungsgelder in anderen technologischen Bereichen sinnvoller angelegt. Wir dürfen uns sozusagen nicht zu Tode forschen, sondern müssen unverzüglich mit konkreten Massnahmen beginnen. Die Finanzierung solcher Projekte muss Vorrang haben vor der Grundlagenforschung. Wir brauchen Klimaschutz JETZT!

Zu 2. Zu starke Wirtschaftshörigkeit der Bundespolitik oder „Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“:

2.1. Beispiel Ortsumgehungen/Strassenneubauten:

Im Bundesverkehrswegeplan sind auch die unsinnigen Ortsumfahrungen der B301 um Mainburg und Rudelzhausen aufgeführt. Der CSU-Kandidat und derzeitige MdB Florian Ossner sitzt im Bundesverkehrsausschuss der diese Ortsumfahrungen sogar in den vordringlichen Bedarf eingestuft hat.

Gegen die Mainburger Ortsumfahrung hat der ÖDP-Ortsverband mittlerweile rund 600 Unterschriften gesammelt. Als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis 228 Landshut/Kelheim werde mich für den Erhalt der Hallertauer Kulturlandschaft einsetzen. Wäre die ÖDP im Bundestag könnten wir sogar im Bundesverkehrsausschuss Einfluss nehmen.

„Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“

2.2. Beispiel Scheuer und Treffen mit Lobbyisten:

Report Mainz: Scheuer hat sich mit 80:1 mit Industrievertretern getroffen, aber nur mit 1 Vertreter von Umweltverbänden.

Und warum? Weil die €\$U Firmen- und Konzernspenden annimmt, deren Politiker in Aufsichtsräten von Konzernen sitzen und die Union nichts

gegen Lobbyismus unternimmt.

„Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“

2.3. Beispiel Scheuer Skandale:

Die sind mittlerweile allgemein bekannt. Wegen der PkV hat CSU-Scheuer viele 100 Millionen Euro Steuergelder verschwendet. Das war nur möglich, weil Lobbyvertreter im Bundesverkehrsministerium ein und aus gehen.

Ein inhaltlicher Skandal von Scheuer ist auch sein Verhalten wegen einem Tempolimit auf Autobahnen. Hier wird Scheuer von der deutschen Automobilindustrie massiv lobbyistisch bearbeitet um den status quo zu erhalten, obwohl seine Beamten im Verkehrsministerium eine Empfehlung für ein Tempolimit abgegeben haben. Mit einem ÖDP Verkehrsminister wäre ein Tempolimit möglich, das inzwischen Umfragen zufolge auch eine knappe Mehrheit der Bundesbürger möchte.

Der aktuelle €\$U-Scheuer Skandal ist dreister als dreist.

Fast 6 Millionen Euro gab er allein dafür aus, um Bürgerfragen zur PKW Maut zu beantworten.

Neoliberale Politik und die meisten Bürger schauen tatenlos zu. Bundeskanzlerin Merkel müsste Bundesverkehrsminister Scheuer schon lange entlassen haben. Und die Wähler bevorzugen immer noch die Unionsparteien bei Abstimmungen und Wahlumfragen.

Zitat:"(...)Demnach zahlte Scheuer in den Jahren 2017 bis 2020 insgesamt knapp 5,8 Millionen Euro, um 19 Verfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und dem Umweltinformationsgesetz zu beantworten.(...)"

Ich verstehe nicht, warum Bundeskanzlerin Merkel ihren

Bundesverkehrsminister Scheuer von der CSU nicht schon längst entlassen hat bei dessen Skandalbilanz in den letzten Jahren.

„Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“

2.4. Beispiel: Vorbild Firmenspenden in Frankreich

Während die staatliche Finanzierung gesetzlich begrenzt ist, gibt es für Parteispenden in Deutschland keinerlei Obergrenze.

In anderen Ländern wie beispielsweise Frankreich sind Unternehmensspenden verboten und Spenden von Privatpersonen nur bis maximal 7.500 Euro pro Jahr erlaubt." Demokratie geht auch - eigentlich nur - ohne Parteispenden größeren Stils.

Nachzulesen auf <https://lobbypedia.de/wiki/Parteispenden>

Ich füge hinzu:

Als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis Landshut/Kelheim werde ich mich für eine Regelung der Parteienspendenpraxis wie in Frankreich einsetzen. Die ÖDP nimmt seit Gründung keinen Cent juristische Personen an, also keinerlei Firmen- oder Konzernspenden.

„Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“

2.5. Beispiel: Maskenaffären CDU/CSU

€DU/€SU Maskenaffäre und kein Ende. Politische Kriminalität und höchstwahrscheinlich nur die sichtbare Spitze des Eisberges.

An die Tochter des früheren €SU-Generalsekretärs Tandler sollen 30 Millionen Euro geflossen sein. Zur Erinnerung. In der Affäre profitierten u.a.: der einstige €DU-Abgeordnete Nikolas Löbel, der Ex-€SU-Politiker Georg Nüßlein, der frühere bayerische Justizminister Alfred Sauter (€SU) und der frühere €DU-Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann.

Ich will daran erinnern ohne auf Details einzugehen. Diese Maskenaffären der Union sind nur deshalb möglich, weil Lobbyismus erlaubt wäre,

Politiker in Aufsichtsräten von Konzernen sitzen, Parteien Firmenspenden annehmen dürfen und Politiker Nebentätigkeiten nachgehen müssen - das ist bisher nicht nur nicht verboten sondern auch weitgehendst intransparent.

„Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“

2.6. Beispiel Rentenpolitik:

Rente mit 70? Wer das wirklich will, muss weiter die neoliberalen Parteien wählen, allen voran die Laschet-€DU und die Söder-€\$U. Die Lobbyisten der Konzerne und aus der Wirtschaft leisten ganze Arbeit.

Denn Die Rentenhöhe ist nicht in jedem Fall ausreichend. Insbesondere sind die Altersrenten für Frauen viel zu niedrig. Viele müssen nach Rentenbeginn deswegen 450€ Jobs annehmen. Im Ausland, z.B. in Österreich oder den Niederlanden, sind die Renten und auch die Grundsicherung bedeutend höher als hierzulande.

In der Schweiz zahlen alle in die Rentenkasse ein, auch Selbstständige und Unternehmer. Das fordere ich auch für unser Land. Mittelfristig bis langfristig werden wir um eine steuerfinanzierte Komponente in der Rentenkasse nicht umhin kommen.

Als Bundestagsdirektkandidat der ÖDP im Stimmkreis 228 Landshut/Kelheim werde ich mich für die von mir eben genannten notwendige Verbesserungen im Rentensystem einsetzen.

zu 3. „Wir brauchen mehr direkte Demokratie!“

3.1. Beispiel: Gesetze, die via Volksabstimmungen eingeführt wie in der Schweiz und oder in Bayern erreichen oft mehr Wirkung als Gesetze die Regierungen erlassen:

Denn neoliberale Politik arbeitet mit Gesetzen die Mogelpackungen sind. Der bloße Name des Gesetzes verspricht oft viel, der konkrete Inhalt ist aber nicht so vorhanden, wie der Name es vermuten lassen würde. Nur

drei von vielen Beispielen.

1. "INSEKTENSCHUTZGESETZ"

Hier will ich auf den heutigen Bericht in der HZ hinweisen, dass es in Landshut dieses Jahr dramatisch weniger Insekten gibt als in den Vorjahren. Insektenexperte Erwin Scheuchl, der letztes Jahr einen Vortrag über Wildbienen in Mainburg gehalten hat, wird in diesem Artikel damit zitiert, dass der Verlust an Insekten bis zu 90% beträgt.

suggestiert wird: Insekten werden umfassend geschützt; Problem erledigt.

tatsächlich: "ist es ein weichgespültes Mini-Gesetz, das das Sterben der Insekten nicht aufhalten wird. Denn die EU-Kommission gibt vor, den Pestizideinsatz bis 2030 zu halbieren. Dieses gute Ziel liegt mit diesem Gesetz in weiter Ferne." Quelle: deutsche Umwelthilfe (DUH)

Und vor allem: laut oben zitiertem HZ Artikel ist ein Hauptgrund des Insektensterbens tatsächlich der Klimawandel, weil sich extreme Wetterperioden häufen. Der April und der Mai waren extrem nasskalt.

2. "LIEFERKETTENGESETZ"

suggestiert wird: die gesamte Lieferkette ist in sozialer und ökologischer Hinsicht, was die Produktionsbedingungen betrifft, in Ordnung und wird überwacht

tatsächlich: "hatten sich Lobbygruppen wie der BDI, die BDA und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bis zuletzt gegen das Lieferkettengesetz ausgesprochen. Teils mit Erfolg: Auf Bestreben des Wirtschaftsministeriums wurde die zivilrechtliche Haftung nun gänzlich ausgeschlossen. Kritik kommt etwa von Matthias Fiedler, Geschäftsführer des Forum Fairer Handel: "Menschenrechte sollten ein unhinterfragtes Mindestmaß darstellen. Es ist unfassbar, dass Wirtschaftsverbände selbst diesen Mindeststandard als nicht machbar darstellen und damit auch noch Gehör finden!"". Quelle: ecoreporter.de

3. "GRUNDRENTE"

suggestiert wird: alle Rentner erhalten eine Mindestrente

tatsächlich: "erhalten nicht alle Rentner eine Grundrente. Die Grundrente ist ein individueller Zuschlag zur Rente. Anspruch auf den Grundrentenzuschlag können Rentnerinnen und Rentner haben, die lange gearbeitet und dabei unterdurchschnittlich verdient haben. Nach Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums werden von den heute gut 21 Millionen Rentnerinnen und Rentnern rund 1,3 Millionen eine Grundrente erhalten." Quelle: Deutsche Rentenversicherung

zu 3. „Wir brauchen mehr direkte Demokratie!“

3.1. Beispiel: Vorbild Schweiz bundesweite Volksabstimmungen

Die Schweiz machts uns vor.

Am 13. Juni stimmten die Schweizer über 5 Volksbegehren ab. Es geht um Trinkwasserschutz, Pestizidverbot, die Reduzierung von Treibhausgasen, um Maßnahmen zur Terrorbekämpfung und das sogenannte Covid19-Gesetz.

In der Bundesrepublik gibt es Volksentscheide nur auf Landes- und kommunaler Ebene. Dies ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. Während unsere Gesellschaft und die Medien nur darauf spekulieren ob es schwarz-grün oder grün-schwarz wird am 26. September, wird vergessen, dass sowohl die Laschet-CDU als auch die Baerbock-Grünen GEGEN bundesweite Volksabstimmungen sind. Quelle: Bundestagswahlprogramme beider Parteien.

zu 3. „Wir brauchen mehr direkte Demokratie!“

3.3. Beispiel: ÖDP Bayern wie bereits erwähnt mit drei erfolgreichen VoBes:

1998 Schlanker Staat ohne Senat

2010 Nichtraucherschutzvolksbegehren

2019 Rettet die Bienen

weitere initiiert: gegen Klonen, ein Mobilfunkvobe, beide nicht bis zum Entscheid gelangt; Androhung reichte einmal, als die ÖDP forderte keine weiteren Atomkraftstandorte zu suchen; Staatsregierung hat das vorweggenommen.

Zur Wahlzulassung ihres Direktkandidaten musste die ÖDP für meine Direktkandidatur, weil sie noch nicht im Bundestag vertreten ist, wie in jedem Stimmkreis 50 Unterstützungsunterschriften sammeln (ohne Corona). Wir haben aber mehr als doppelt so viele einreichen können. Besonders freut mich dass ich auch Unterstützungsunterschriften von der Bevölkerung erhalten habe und nicht nur von unseren Mitgliedern.

Soweit die Ausführungen von mir zu meinen drei Wahlkampfeswerpunkten, nämlich:

1. „Die Bundestagswahl muss zur Klimawahl werden!“
2. „Weniger Lobbyismus ist mehr Demokratie!“
3. „Wir brauchen mehr direkte Demokratie!“

Einige Worte noch von mir zu dem Dilemma kleinerer Parteien wegen der 5% Hürde und der angeblich verlorenen Stimme:

Wir müssen gemeinsam am 26. September für gutes Erst- und Zweitstimmenergebnis arbeiten. Denn wir haben nach dem Achtungserfolg bei der EU-Wahl (bundesweit 1%) die große Chance am 26. September ein gutes Ergebnis einzufahren. Unser gemeinsames Ziel muss natürlich sein, bundesweit die 5% Hürde zu überspringen. Sollten wir aber scheitern wäre das kein Beinbruch. Denn jede Stimme für die ÖDP und mich als Direktkandidaten stärkt uns den Rücken, fördert unsere künftige Parteientwicklung und erlaubt uns wirkungsvolle ausserparlamentarische Opposition zu betreiben. Jeder sollte wählen, wovon er wirklich überzeugt ist. Es ist Unsinn aus meiner Sicht taktisch zu

wählen oder Befürchtungen vor der angeblich verlorenen Stimme zu haben. Keine Stimme ist verloren in einer Demokratie. Im Gegenteil ist eine Stimme für uns mehr wert als eine Stimme für eine der großen Parteien, denn ein Wähler der einer Partei die Millionen Stimmen erhält die Stimme gibt ändert das prozentuale Ergebnis dieser großen Partei erst in der 8. oder 9. Nachkommastelle. Das Problem ist eher ein psychologisches, wenn man am Wahlabend den ÖDP-Balken nicht sieht, obwohl die ÖDP gut abgeschnitten hat ohne diesmal noch die 5% erreicht zu haben. Im Ausland ist man überall viel demokratischer eingestellt: in Österreich hat es die Liste Pilz und die NEOS geschafft parlamentarisch zu werden und in der Schweiz gibt es zwei grüne Parteien: die linksgrünen und die grün-liberale Partei, beide sitzen im Nationalrat.

An dieser Stelle will die Unterschiede zu den Grünen jenseits der grundsätzlichen Ausrichtung an einigen wenigen konkreten Beispielen benennen:

1. bundesweite Volksabstimmungen; Grüne nein; ÖDP die Volksbegehrenspartei
2. Firmenspenden wie alle anderen neoliberalen Parteien; Kretschmann Grüne und Daimler; ÖDP nimmt seit Gründung keinen Cent Spenden juristischer Personen an
3. Klimaneutralität bis 2035 ÖDP: bis 2030; Groko: 2045
4. Ablehnung CETA nicht im Bundestagswahl enthalten; ÖDP Fairhandelsabkommen statt Freihandelsabkommen
5. 365 Euro Ticket in München von Grünen Fraktion abgelehnt
6. CO₂-Bepreisung: 60€ pro Tonne CO₂ statt 100 Euro wie Umweltbundesamt

Diese Mängelliste der grünen Partei liesse sich beliebig fortsetzen.

Mein Appell: Wir als ÖDP Landshut/Kelheim sollten den Bundestagswahlkampf gemeinsam bestreiten. Ich freue mich sehr auf Eure Zuarbeit inhaltlich und organisatorisch. Ich bedanke mich bereits schon, vor allem bei Heiko Helmbrecht und Lorenz Heilmeier sowie bei

meinen Mainburger Ortsverbandsmitgliedern. Wir wollen wegen knapper finanzieller Ressourcen einen kreativen und intensiven Wahlkampf führen: mit Infoständen, social media, Telefonsprechstunden für die Bürger, mit einige Präsenzveranstaltungen wenn es Corona erlaubt und Videokonferenzen wenn es Corona nicht erlaubt. Dazu gehören auch Aktionen wie Nistkästen (fast 80 Stück) und Insektenhotels (25 Stück) in Mainburg und Umgebung mit social media und Pressemedien Bewerbung.

Zum Schluss noch ein wichtiger Hinweis: wir nehmen keinen Cent Firmen- oder gar Konzernspenden an und haben daher im Wahlkampf natürlich Nachteile weil wir nicht mithalten können mit der Materialschlacht der großen Parteien, die ein Vielfaches mehr an Geldern zur Verfügung haben. Das ist aber auch ein großer Vorteil für uns als ÖDP: denn genau wegen unserer Unabhängigkeit von Firmen und Konzernen können wir echte Politik für das Allgemeinwohl, für Mensch, Umwelt und Klima machen.

Wir wollen diese Politik aber auch gestalten und bundespolitisch bedeutsamer werden. Deshalb bitte ich Ihr und Euer Vertrauen am 26. September!

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche uns allen noch einen schönen Abend mit guten Unterhaltungen. Für Fragen stehe ich heute zur Verfügung und natürlich jederzeit per Mail, telefonisch oder persönlich.

Herzlichen Dank!